

Ruanda

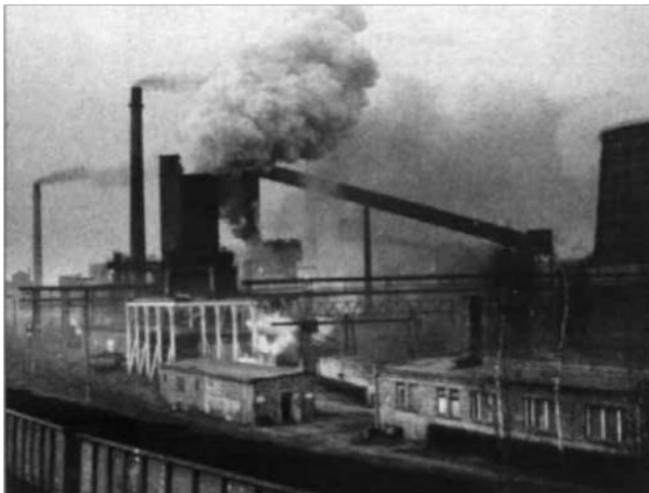
Über Leben und Tod

kann in Ruanda der Paß entscheiden. Die unter dem Foto dokumentierte ethnische Herkunft des Inhabers – Hutu, Tutsi, Twa oder naturalisierter Ausländer – erleichterte den Hutu-Milizen den Völkermord an den Tutsi. Von der Regierung aufgehetzte Menschenjäger schlachteten mehrere hunderttausend Menschen ab, darunter die junge Frau, deren Ausweis in einem Hof in der Hauptstadt Kigali gefunden wurde (Foto). Für tote Tutsi zahlten Funktionäre in einigen Orten Prämien – 50 Pfennig für ein Kind, 2 Mark für einen Erwachsenen. Die vorwiegend aus Tutsi bestehende Ruandische Patriotische Front nahm in der vergangenen Woche Kigali ein und ernannte den gemäßigten Hutu-Politiker Faustin Twagiramungu zum Chef einer neuen Regierung. Viele



Paß einer von Hutus ermordeten Tutsi-Frau

Hutu fliehen nun in den von französischen Truppen besetzten Westen des Landes. Ihren Personalausweis haben die meisten von ihnen weggeworfen – aus Angst vor der ethnischen Identifizierung.



Kokerei in Gliwice

Polen

Schuldenabbau mit Ökofonds

Auf dem grünen Weg entledigt sich Polen eines Teils seiner Auslandsschulden. Westliche Nationen erlassen bis zu zehn Prozent ihrer Gesamtforderung, falls sich Warschau verpflichtet, die entsprechende Summe in einen „Ecofundusz“ einzuzahlen. Aus dem Umwelttopf werden Filter für die vorwiegend mit schwefelhaltiger Kohle befeuerten Kraftwerke finanziert, Klärwerke für die Ostseeküste, ein Spezialschiff zur Bekämpfung von Ölpest oder der Ausbau von Nationalparks. Den Ein-

satz der Fondsgelder kontrollieren Vertreter der Gläubigerländer. Auf diese Weise haben die USA inzwischen 367 Millionen, die Schweiz 52 Millionen und Frankreich 48 Millionen Dollar Schulden erlassen. Nur die Deutschen zieren sich noch: Bundesfinanzminister Theo Waigel will auf Rückzahlungen aus Warschau nicht verzichten.

Jemen

Saudis schüren Partisanenkrieg

Mit Geld und Waffen will Saudi-Arabien weiter Unruhe im Jemen schüren. Offiziell wurde der Bürgerkrieg

zwischen dem konservativ-islamischen Norden unter Führung des Staatschefs Ali Abdallah Salih, 51, und seinem einstigen Stellvertreter, dem Chef des sozialistisch geprägten Südens, Ali Salim el-Bid, 47, Ende vergangener Woche beendet. Am Donnerstag hatten die Nordtruppen nach wochenlanger Belagerung die durch Wassernot, Lebensmittelmangel und Seuchen entkräftete Südmetropole Aden (etwa 500 000 Einwohner) eingenommen. Doch Bid, der sich rechtzeitig mit Getreuen absetzte und inzwischen ins Exil in das Sultanat Oman geflohen sein soll, will weiterkämpfen. Die Mittel dafür – und womöglich auch Söldner – sollen die Golfstaaten und Saudi-Arabien liefern. Die Saudis haben Salih nicht verziehen, daß er im Golfkrieg den Kuwait-Aggressor Saddam Hussein unterstützte. Sie fühlen sich zudem durch einen allzu starken vereinigten Jemen bedroht – „ein Alptraum“, warnte der saudische Rundfunk. Der Machthunger Salihs ist am Golf gefürchtet. Im Sezessionskrieg zwischen Nord und Süd hatten die Ölpotentaten deshalb Bid insgeheim mit Waffen unterstützt. Ende vergangenen Monats konnte die 6. US-Flotte im Roten Meer zwei ägyptische Schiffe stoppen,

die saudiarabische Waffen für den Südjemen geladen hatten, darunter Flak-Panzer, Geländewagen, gepanzerte Mannschaftsfahrzeuge, Geschützmunition und Nachtsichtgeräte.

Nordirland

Ende des Terrors in Sicht

In zwei bis drei Jahren könne der nordirische Bürgerkrieg zwischen britanntreuen Protestanten und Extremisten der katholischen Minderheit beendet sein, glaubt Sir Hugh Annesley, Polizeichef der Royal Ulster Constabulary und oberster Gesetzeshüter in der geschundenen Krisenregion. Den Umschwung nach einem Vierteljahrhundert Blutvergießen soll die katholische Untergrundorganisation IRA mit einem begrenzten Waffenstillstand einleiten – Ergebnis der Friedensverhandlungen zwischen der britischen und der irischen Regierung sowie dem politischen IRA-Arm Sinn Fein. Auch die meisten protestantischen Terrorgruppen, glaubt der Polizeichef, würden ihre Waffen niederle-



Polizeichef Annesley

gen, wenn IRA-Bombenanschläge und -attentate aufhörten. Der staatliche Kampf gegen die protestantischen Bombenleger müsse dennoch weitergehen, erklärt Sir Hugh. Denn kriminelle Splittergruppen beider Konfessionen würden die Bewohner Ulsters auch künftig terrorisieren – „mit Bandenunwesen und Rauschgifthandel“.